

fügung stehen. Das tut die nordrhein-westfälische Landesregierung in vorbildlicher Weise im Rahmen des Nordrhein-Westfalen-Programms 1975 durch den verstärkten Ausbau von Freizeitparks und von Sportstätten. Weitere Bemühungen in dieser Richtung kommen in dem geplanten Weiterbildungsgesetz zum Ausdruck, das den verstärkten Ausbau von Volkshochschulen vorsieht.

Man könnte darüber hinaus überlegen, inwieweit es sinnvoll wäre, daß an einer bestimmten Stelle in jeder Kommune alle Informationen über mögliche Freizeitaktivitäten zentral gesammelt werden und dem Bürger in der Form einer Auskunftsstelle auf Anfrage zur Verfügung stehen sollten. Möglicherweise würde dafür sogar ein Telefon-Tonband, ähnlich wie beim Wetter- oder Straßenzustandsbericht, ausreichen.

Die Planung seiner Freizeit selbst sollte jedoch dem Bürger überlassen bleiben.

F.D.P.: Keine staatliche Freizeitplanung

An der Schwelle zum nachindustriellen Zeitalter ist die Frage der Freizeitgestaltung zu einem gesellschaftspolitischen Problem ersten Ranges geworden. Der Fortschritt verschafft uns immer mehr Freizeit, und zugleich gefährdet er die Möglichkeit, diese gewonnene Freizeit sinnvoll zu gestalten. Es handelt sich also hierbei keineswegs um ein individuelles Problem, sondern um eine Frage, die den Staat als „Dienstleistungsbetrieb“ interessieren muß. Für den Durchschnittsbürger der Bundesrepublik mit einer 40-Stunden-Arbeitswoche sind rd. 4000 Stunden Freizeit errechnet worden. Mit diesen Freizeitstunden wird der Staat in Form von Ansprüchen und Erwartungen von einzelnen und Gruppen konfrontiert.

Freizeit muß als eine Chance für den einzelnen begriffen werden, sich als Persönlichkeit zu entfalten und seine Anlage zur Freiheit zu verwirklichen. Diesen Bedarf an Freizeit muß der Staat akzeptieren, und er muß auch die gewünschten Inhalte dieser Freizeit akzeptieren. Das Leben in einer modernen Gesellschaft ist schon reglementiert genug, als daß dem einzelnen auch noch seine Freizeitgestaltung sozusagen verordnet werden dürfte. Hier ist ein persönlicher Bereich zu respektieren, der den Staat nur in einer Beziehung interessieren darf: Er hat ein vernünftiges, ausreichendes und an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientiertes Freizeitangebot zu schaffen, aber eben nicht mehr als ein Angebot. Der konkrete staatliche Beitrag zur Förderung der Freizeitgestaltung heißt Sportstätten und Theaterbau, Raumordnung und Umweltschutz (Freizeitgelände, Naherholungsanlagen) sowie Fortbildungseinrichtungen.

Darüber hinaus sollten die staatlichen Organe lediglich beratend und aufklärerisch wirken, nicht jedoch die individuelle Freizeitgestaltung inhaltlich bestimmen wollen. Eine KdF-ähnliche Durchorganisation der Freizeitbedürfnisse und -interessen durch den Staat widerspricht demokratischen Prinzipien und liberaler Staats- und Gesellschaftsauffassung.

Porträt der Woche

Es ist der 7. Dezember 1972. Die Nacht liegt noch schwarz über dem Kohlenpott. Im Haus Meerkamp 17 in Essen-Katernberg zerreißt das Schrillen des Telefons die trügerische Stille. Noch bevor Alfons Klein zum Hörer greift, weiß er, daß irgendwo zwischen Hamm und Kamp-Lintfort, Recklinghausen und Bochum der Berg gegrollt hat.

Diesmal, so erfährt der stellvertretende Vorsitzende des Parlamentarischen Ausschusses für Grubensicherheit um vier Uhr morgens, wurde auf der Schachtanlage „Grimberg 3/4“ in Weddinghoven bei Dortmund ein Hauer vom Gestein erschlagen, sechs seiner Kumpel erlitten Verletzungen. Für Klein ist die Nacht vorbei. Er ist schon wenig später vor Ort und informiert sich über das Geschehen.

Ein halbes hundertmal eilte der CDU-Abgeordnete in den fast 900 Tagen, die er nun Mitglied im Düsseldorfer Stndehaus ist, zu Zechen in den Steinkohlenrevieren Aachen, Ibbenbüren und an der Ruhr, um den Unglcksursachen über und unter Tage auf den Grund zu gehen. Als Hauer, der seit 1948 das Revier auch „von unten“ kennt, ist der 46jhrige für diese Aufgabe geradezu prädestiniert.

Offen bekennt Alfons Klein, daß er auf „seinem“ Pütt, nämlich der vor seiner Haustür liegenden Schachtanlage „Zollverein“ nur noch selten einfhrt. Die Politik läßt dem Bergmann nur noch wenig Zeit.

Die Brandgefahr unter Tage, Probleme wettertechnischer Art, die Bekämpfung der bei zunehmender Teufe und Abbaugeschwindigkeit wachsenden Gefahr von Gebirgsschlgen fesseln den einzigen wirklichen Kumpel unter den 200 Landtagsabgeordneten am Schwanenspiegel nicht allein. „Alle sozialen Fragen, von der Obdachlosigkeit über das Krankenhauswesen bis hin zur Sozialhilfe oder Luftverschmutzung, interessieren mich“, sagt der vor zwei Jahren über die Landesliste der Christdemokraten in das Landesparlament eingezogene Kohlenpott-Sohn. So gehört das Mitglied der IG Bergbau und Energie dem Betriebsrat seiner Zeche an, ist Mitglied des Landesbeirats für ausländische Arbeitnehmer und mischt im Landesparlament noch in den Ausschüssen für Wirtschaft sowie Arbeit, Soziales, Gesundheit, Flüchtlinge mit.

Im Revier lernte der nach der Kriegsgefangenschaft zur CDU Gestbene – sein Vater war Zentrumsman – die noch heute auf den Nägeln brennenden Probleme frühzeitig kennen. Als Klein 1961 in den



Alfons Klein (CDU)
Stellvertretender Vorsitzender
des Parlamentarischen Ausschusses
für Grubensicherheit

Essener Stadtrat einzog („ich habe mich von der Basis aus hochgearbeitet“), widmete er sein besonderes Augenmerk den Obdachlosen, den von der Gesellschaft Ausgestobenen in der Ruhrmetropole. Ein Kindergarten und eine Mtterberatungsstelle in den Notunterkünften des Zechenviertels Katernberg – Kokereien sorgen hier noch für einen ruberfllten Himmel – legen Zeugnis ab von der Initiative des Kommunalpolitikers Klein.

Aber nicht nur im Essener Rat setzte er Impulse. Als einer, der mehr zum linken Flgel in der CDU zählt, versteht der Hauer die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in der Union als den „Motor der Partei“. Als Vorsitzender der CDA Essen und als Vorstandsmitglied der Sozialausschsse im Rheinland ist er mit dabei, den Motor auf volle Touren zu bringen.

Als Alfons Klein im November als einer der vielen „Zhlkandidaten“ der Revier-CDU im Essener Norden zum Sprung in den Bundestag ansetzte, wußte er, daß ihm sein SPD-Gegenkandidat, der Kanzlerreferent Peter Reuschenbach, in der CDU-Diaspora das Nachsehen geben werde. Der Sprung ins Leere war aber geplant; denn Klein hatte auf eine Absicherung auf der Landesliste verzichtet. Die Arbeit im Landtag liegt ihm mehr am Herzen.

Wenn der Vater von drei Söhnen (keiner will Bergmann werden) und einer Tochter Zeit für seine Frau Marlis und die Kinder findet, dann steht ihm der Sinn danach, Klavier zu spielen oder Schubert-Lieder zu hören. So gar nicht scheint dazu zu passen, daß Alfons Klein einen guten Boxkampf als leichte Unterhaltungskost nicht verachtet.

Rdiger Knott